



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. DIETER SPETHMANN

Vorsitzender des Vorstandes Thyssen Aktiengesellschaft

WIRTSCHAFTSPOLITIK IM INTERNATIONALEN SPANNUNGSFELD

MONTAG, 8. MAI 1978



Als Daniel den Löwen zum Fraß vorgeworfen ward, aber – wie wir alle wissen – glücklich der Löwengrube entkommen war, schartern sich seine Freunde natürlich begeistert um ihn, und sie wollten wissen: Daniel, wie hast du das gemacht? Aus meiner Sicht heute abend, meine Damen und Herren, hätte Daniels Antwort zum Beispiel lauten können: Liebe Freunde, ich habe nichts anderes getan, als den Löwen klarzumachen, daß, wer auf sich hält, anläßlich eines bedeutenden Essens eine Rede zu reden hat.

Herr Präsident! Herr Bürgermeister!
Exzellenzen! Meine Damen und Herren!

Sie begehen Ihren traditionsreichen Übersee-Tag diesmal gemeinsam mit dem Verein Hamburger Exporteure, der heute – es war schon davon die Rede – seinen 75. Geburtstag feiert. Dazu meinen Glückwunsch. Ich gratuliere als Binnenländer, der mütterlicherseits einer Hamburger Familie entstammt. Außerdem gratuliere ich Ihnen zur Tradition des Übersee-Tages generell. Der Übersee-Tag erklingt als eine Stimme, die man hört und auf die man hört – und dieses weltweit.

Ich selbst werte Ihren diesjährigen Übersee-Tag als ein Signal. Ich bin nämlich persönlich der Ansicht, daß weder der deutsche Außenhandelsüberschuß des Jahres 1977 von 37 Milliarden DM noch derjenige der ersten drei Monate dieses Jahres von fast 9 Milliarden DM etwas über die eigentliche Frage aussagt, die Frage nämlich, wie es um die Nachhaltigkeit der deutschen Exportfähigkeit heute eigentlich bestellt ist.

Der Sitz meines Hauses ist Duisburg, die Vaterstadt von Herrn Präsident Haferkamp, dem eigentlichen Sprecher des heutigen Tages. Duisburg ist einer der größten Binnenhafen der Welt. Duisburg verband sich mit Hamburg schon im Jahre 1407 durch seinen Beitritt zur Hanse. Sie und wir haben mehr gemeinsam, als man sich das normalerweise vorstellt.

Unsere Währung feiert in diesen Tagen ihren 30. Geburtstag. In jenen Jahren stellte man allerorten die Frage, ob Vollbeschäftigung in einer freien Wirtschaft überhaupt möglich sei. Ich entsinne mich einiger Vorlesungen und Vorträge, die ich hier in Hamburg 1945 und 1946 zu diesem Thema gehört habe. Ich entsinne mich auch, meine Damen und Herren, leidenschaftlicher Diskussionen zu diesem Thema. Es stand, wenn meine Erinnerung mich nicht trügt, allenfalls theoretisches Einverständnis über eine solche Zielsetzung. Aber keiner, auch nicht die Weisen von Bretton Woods im Sommer 1944 –unter ihnen immerhin John Maynard Keynes –, war sicher, daß das Ziel – full employment in a free society – auch wirklich in der Praxis erreichbar sei.

Ich erwähne diese prinzipielle Frage aus einer der frühesten Phasen unserer 2. Republik deshalb, weil ich uns heute in einer gewissen Gefahr sehe, in eine Gegenströmung zu geraten, eine Strömung nämlich, die eine Beseitigung der zur Zeit bestehenden Minderbeschäftigung selbst auf Kosten des existenten Maßes der Freiheit der Gesellschaft erreichen will.

Ich selbst bin überzeugt: Nachdem es uns über mehr als 25 Jahre hinweg gelungen ist, Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft zu erreichen, sind wir auch stark genug, die Freiheit dieser unserer Gesellschaft trotz dieser temporären Minderbeschäftigung durchzuhalten. Ich persönlich halte die existente Minderbeschäftigung für überwindbar. Ich möchte hier von einer Konstanten sprechen, der Konstanten deutschen Selbstvertrauens. Wir haben auch heute den vollen Rückgriff auf den Reichtum unserer in Jahrhunderten gewachsenen Kultur. Diese Kultur ist uns durch nichts verlorengegangen. Zu dieser Kultur gehören menschliche Eigenschaften wie Einfallsreichtum, Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit, Beständigkeit. Außerdem sollte uns das Bewußtsein unserer neueren marktwirtschaftlichen Errungenschaften das Selbstvertrauen geben, das wir zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben zweifellos benötigen. Was ich damit meine, brauche ich hier am Platze Hamburg nicht näher auszuführen, wo Sie doch Generationen hindurch, wieder und wieder mit großen Opfern, aber schließlich immer wieder mit Erfolg, für die Freiheit Ihrer Kultur und Ihrer Rechte eingetreten sind.

Warum sage ich das?

Nach meiner Überzeugung ist das heutige internationale Spannungsfeld in dieser Form für uns ein Novum. 1951 hat die Bundesrepublik Deutschland mit fünf anderen Ländern Europas den Gemeinschaftsvertrag für Kohle und Stahl unterzeichnet. 1957 folgten die Römischen Verträge. Seit 1958 ist unsere Währung voll konvertibel, was sie übrigens seit Mitte 1931 nicht mehr gewesen war. Außerdem sind wir Mitglied der OECD und des GATT. Schließlich sind wir der UNO beigetreten und betreiben eine Ostpolitik, die auch eine wirtschaftliche Komponente hat. Wir bewegen uns also mit unserer Wirtschafts- und damit natürlich auch mit unserer Unternehmenspolitik nicht in einem einzigen internationalen Spannungsfeld. Vielmehr haben wir deren viele:

- ein innerdeutsches,
- mehrere innerhalb des Europas der Neun, mehrere im Verhältnis West-West,
- mehrere im Verhältnis West-Ost,
- mehrere im Verhältnis Nord-Süd.

Diese Spannungsfelder, meine Damen und Herren, sind politisch und rechtlich ganz unterschiedlich gelagert. Von den strengen Regeln der europäischen Gemeinschaftsverträge bis hin zu Verpflichtungen eher moralischer Art kommt so ziemlich alles vor, was Politik und Völkerrecht bieten. Als neu in dieser Situation empfinde ich zum Beispiel, daß sich ein Egalitäts-Denken auch auf diesen Gebieten auszubreiten beginnt. So stoßen wir zum Beispiel im Nord-Süd-Dialog immer wieder auf die Forderung nach undifferenzierender Gleichstellung von Entwicklungs- und Industrieländern. Ich komme darauf zurück.

Wo stehen wir?

Nach einem Vierteljahrhundert fast selbstverständlichen Wachstums der Länder, die man heute als hochindustrialisiert bezeichnet, stehen wir, meine Damen und Herren, offenbar vor der Notwendigkeit einer fundamentalen Neuorientierung. Noch 1974, ein Jahr nach dem Ölschock, überwog die Erwartung, die Weltwirtschaft werde nach Überwindung eben dieses Schocks auf den gewohnten Wachstumspfad zurückfinden. Heute wissen wir: Das kommt so schnell nicht. Wir wissen statt dessen: Wir haben in allen Ländern eine gewisse Arbeitslosigkeit, wir haben anhaltende Investitionsschwäche, wir haben einen nur noch langsam wachsenden Welthandel – und das alles durchsetzt mit sektoralen und regionalen Strukturproblemen. Frage: Passen wir uns all dem wirklich schon an? Ich fürchte: Nein.

Frage: Dominiert nicht gerade in Deutschland noch immer und weithin eine gewisse Mentalität der Trägheit? Richten wir uns nicht immer noch ohne zweifelnde Selbstbefragung schlichtweg nach dem eigenen Augenblicksvorteil? Ich fürchte: Ja, wir tun es. Ich fürchte weiter: Wir verdrängen sogar bisweilen die Einsicht, daß im ökonomischen Kreislauf zuerst die Entstehung kommt und dann die Verteilung. Siehe unsere Tarifrunden. Wenn Gewerkschaften unter dem Druck der Basis ihre Forderungen in die Höhe schrauben, dann, so meine ich, stehen alle Beteiligten in der Pflicht, die Fatalität der Folgen im voraus jedermann klarzumachen.

Damit bin ich bei der Frage: Wachstum oder nicht? Meine Antwort ist ein völlig uneingeschränktes Ja. Gerade für dieses Deutschland gilt nach meiner Überzeugung, daß unsere politischen Spielräume nicht weiter reichen als unser wirtschaftliches Wachstum. Das mag in solch krasser Form, wie ich es als These hier aufstelle, eine deutsche Besonderheit sein. Es entspricht aber meiner Überzeugung.

Nachdem einige Jahre lang die Gegnerschaft zum Wachstum als eine edlere Haltung galt, ist es gut, festzustellen, daß heute in unserem Lande Feindschaft zum Wachstum erfreulicherweise nicht mehr „in“ ist. Aber: Wir überschätzen – so meine ich – nach wie vor die Machbarkeit ökonomischer Abläufe. Wachstum aber ist kein mechanischer Prozeß, er ist kein Prozeß, der auf Knopfdruck funktioniert. Wachstum braucht auch in der Wirtschaft einfach Klima. Ist das Klima gegeben, dann kommt es zu dem komplexen Zusammenspiel ökonomischer, technischer, gesellschaftlicher und sozialer Faktoren, einem Zusammenspiel, das eine expandierende Wirtschaft sicherstellt. Just dieses ist uns ein Vierteljahrhundert lang in Deutschland gelungen – ohne sogenannte Globalplanung. Sicher waren die Ausgangsbedingungen ursprünglich andere als heute. Ebenso sicher ist aber: Mit der sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, ist ordnungspolitisch – dies war neu für die deutsche Geschichte – ein Rahmen gefunden worden, der dynamisch wie nie zuvor Leistungspotential freisetzte.

Was ist nun heute? Hat sich die Qualifikation der arbeitenden Menschen in Fabriken und Verwaltungen gemindert? Sind unsere Technologien überaltert? Mangelt es uns plötzlich an der Fähigkeit, neue industrielle Erkenntnisse organisatorisch umzusetzen? Oder, mit einem speziellen Blick auf das Inland: Fehlt es etwa generell an Nachfrage?

All dieses verneine ich. Meine Analyse geht dahin, daß wir uns heute national und international einer ganzen Anzahl konkreter Wachstumsschranken gegenübersehen. Viele dieser Schranken mögen nicht als solche gemeint gewesen sein, wirken aber doch so. Einige wurden von Leuten aufgebaut, in deren Gedankenwelt die Ökonomie keinen Platz hat. Andere stammen aus dem politischen Raum. Hier fehlt es eben häufig an Verständnis für die komplizierten Abläufe einer Industriegesellschaft. So erklärt sich auch die Neigung, auf viele wirtschaftliche Fragestellungen vor allem instrumentell zu antworten. Die Folgen sind dann: Ein stetig wachsender Staatsanteil am Sozialprodukt; wirklichkeitsfremde Eingriffe seitens der Wettbewerbspolitik; zunehmender Bürokratismus; eine ansteigende Menge von Gesetzen und Verordnungen. Ich zitiere den Bundeskanzler: Die Bundesrepublik leide an „bürokratischer Erstickung“. Ein wörtliches Zitat. Halten Sie, meine Damen und Herren, dagegen, in welch dramatischem Umfang in Stadt und Dorf Nachfrage besteht nach „Nachbarschaftshilfe“, und sei es auch in Form von „Schwarzarbeit“. Im Klartext: Nach der Handwerkerstunde zu zehn DM ohne jeden Papierkram wird unbeschränkt nachgefragt. Dieses Symptom mag rechtlich ein Verstoß sein. Wirtschaftlich ist es ein Signal.

Was also fehlt? Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren: Uns fehlt eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze. Ich bin überzeugt: Durch solches Handeln könnten mehr und dauerhaftere Wachstumsimpulse ausgelöst werden als durch wie auch immer dimensionierte Konjunkturprogramme. Die Quellen der Leistungsfähigkeit wieder freizulegen – dies ist, nach innen gerichtet, so meine ich, die vordringliche wirtschaftspolitische Aufgabe.

Wie nun ordnet sich solche Aufgabenstellung in die internationalen Spannungsfelder ein, über die zu sprechen Sie mich beauftragt haben? Wir haben hier zunächst die europäischen Gemeinschaftsverträge. Sie sprechen von dem hehren Ideal, daß dem tüchtigsten Unternehmer der Lohn gebühre. Selbst wenn ich im Augenblick einmal von der Landwirtschaft absehe und nur an die Industrie denke: Dem ist nicht so. Sie können zum Beispiel der deutschen Stahlindustrie im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten eine recht hohe Produktivität beimessen. Gleichzeitig aber finden Sie, daß eben diese Industrie seit der letzten Hause im Jahre 1974 mit ihrer Erzeugung weit stärker zurückgefallen ist als andere europäische Stahlproduzenten. Also funktioniert der europäische Vertrag nicht. Und warum nicht? Weil viele Regierungen ihre Stahlindustrien subventionieren. Es ist, um es kurz zu sagen, effektiv so, daß die deutsche Stahlindustrie zur Zeit im Wettbewerb steht gegen die Regierungen von England, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, der Tschechoslowakei, Polens, der DDR, Schwedens und Finnlands – um nur unsere direkten Nachbarn zu nennen. Denjenigen dieser Regierungen, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, ist das Subventionieren ausdrücklich verboten. Sie tun es gleichwohl. Wäre es nicht so ernst, würde ich es heiter und gelassen das „Shakespeare-Syndrom“ nennen nach dem Shakespeare-Wort: „Misery makes man strange bedfellows.“

Hier widerspricht also die politische Wirklichkeit dem Montan-Vertrag. Manche europäischen Länder und Industrien haben es sich im vergangenen Vierteljahrhundert des fröhlichen Wachstums zu leicht gemacht. Sie haben Erzeugungsstätten für Produkte geringer Wertschöpfung erstellt – weit über ihr inländisches Marktvolumen hinaus. Sie haben ihre Produkte im Weltmarkt abgesetzt, solange sie von dort Nachfrage auf sich ziehen konnten. Jetzt, bei stark eingeschränkten Exportmöglichkeiten, zeigen sich im europäischen Wettbewerb erhebliche Leistungsunterschiede. Für viele Unternehmen reicht die eigene Kraft zum Mithalten eben nicht mehr aus. In dieser Situation greift die Europäische Kommission zum Krisenmanagement, weil sonst die Beschäftigung in einigen gehalten wird. Als Nebenerscheinung haben wir uns übrigens mit den Staatshandelsländern über gewisse Praktiken ihrer Einlieferungen in den Gemeinsamen Markt zu verständigen – eine Quadratur des Zirkels, die Regionen auf ein Maß absinken würde, das politisch für nicht vertretbar nur politisch geregelt werden kann.

Soviel, meine Damen und Herren, zur Unvollkommenheit der europäischen Gemeinschaftswirklichkeit. Nun zu den anderen internationalen Spannungsfeldern, in denen wir uns bewegen. 1958, vor genau 20 Jahren, wurde die D-Mark liberalisiert. Wie hat sich seither die Währungslandschaft verändert? Meine Antwort: Einfach fundamental. Damals brachte dem Exporteur ein Dollar 4,20 DM, im vorigen Jahr im Jahresdurchschnitt nur noch 2,32 DM. Das heißt: Der Außenkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar ist um 66 Prozent mehr angestiegen, als es der Inflation der beiden Länder im gleichen Zeitabschnitt entsprochen hatte. Ähnliches gilt übrigens im Verhältnis der D-Mark zu vielen anderen Währungen. Hier stellt sich natürlich die Frage: Wie können sich Unternehmen, vor allem produzierende Unternehmen, bei denen doch Kosten und Preise stimmen müssen, bei derartig drastischen Änderungen der Wettbewerbsbedingungen in Deutschland noch behaupten? Meine Antwort: Nur durch eine dramatische Verbesserung ihrer Produktivität. Die Produktionskosten deutscher Erzeugnisse müssen so niedrig sein, daß sie am Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Die Preise müssen die Kosten decken, und sie müssen einen Gewinn übriglassen.

Und es ist ganz klar: Seit einer Reihe von Jahren wird in Deutschland nicht mehr genug investiert. Man findet von Zeit zu Zeit Publikationen über den Investitionsstau. Ich möchte es dahingestellt sein lassen, wie groß der Nachholbedarf inzwischen

ist. Ich bin jedenfalls der Überzeugung, daß die deutsche Wirtschaft schon aus den von mir genannten Gründen vor der Notwendigkeit einer Investitionsanstrengung steht, die ich nach meinen Maßstäben nur als riesig bezeichnen kann.

Nun werden Sie natürlich fragen: Ja, bitte, warum geschieht all das nicht längst? Meine Antwort: Wir haben selbst, und das an zahlreichen Stellen, Sand ins Getriebe unserer Volkswirtschaft gestreut. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel. Wir haben intern zum Beispiel den freifinanzierten Mietwohnungsbau abgewürgt, weil wir durch Vergleichsmiete und Mieterschutz „sozialer“ sein wollten. Damit ist das Beschäftigungspotential um schätzungsweise 250 000 Neubaueinheiten pro Jahr – pro Jahr! – reduziert worden.

Und international? Ich glaube, wir dürfen in aller Bescheidenheit sagen, daß wir als Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich der offenste Teilmarkt dieser Welt sind. Also ist unsere Industrie natürlicherweise dem härtesten Wettbewerb ausgesetzt, der sich denken läßt. Ich bin auch angesichts dieses Wettbewerbs persönlich nicht entmutigt. Aber auf der anderen Seite habe ich ein gewisses Verständnis für Unternehmer, die sich scheuen, Risikokapital zu investieren angesichts der Erwartung, daß anschließend die Regierungen anderer Länder ihre Konkurrenz-Industrien um so heftiger subventionieren. In diesem Punkte fehlt es nach meiner Überzeugung eindeutig an einer politischen Begleitmusik, und die müßte nun einmal aus Bonn kommen. Kann aber unsere Regierung aus Gründen, für die ich durchaus Verständnis habe, nicht entsprechend auf andere Länder einwirken, dann bleibt nichts anderes übrig, als daß sie im Inland für unternehmerisch notwendige Einschnitte politische Rückendeckung gibt. Das ist eine Aufgabe, die wir vor uns haben. Und ich sage an dieser Stelle ganz klar: Weder Dirigismus noch Planwirtschaft, weder Strukturpolitik noch Investitionslenkung liefern irgendeinen Ausweg. Ich zitiere ein zweites Mal den Bundeskanzler, dem ich dankbar bin für sein äußerst klares Wort, ich zitiere: „Weder staatliche noch andere Stellen können jenes Maß an Prognose leisten, das die Planer für ihren bürokratischen Imperialismus gern hätten.“ Soweit der Bundeskanzler.

In einem anderen Punkt, meine Damen und Herren, haben wir die Schwächung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nur uns selbst zuzuschreiben. Löhne und Lohnnebenkosten sind unser wichtigster Kostenfaktor. Mindestens in den letzten zehn Jahren hat unsere Tarifpolitik eine Eigendynamik entfaltet, zu deren Begründung alle nur denkbaren Kriterien herangezogen wurden, eine Eigendynamik jedenfalls, die weit über alle Produktivitäts- und Kostenvergleiche hinausgegangen ist. Sicherlich haben die Veränderungen der Wechselkursrelationen wesentlich dazu beigetragen, daß wir uns heute am oberen Ende der internationalen Lohnskala befinden. Aber wenn man in einer solchen Situation ist, dann müssen die beteiligten Entscheidungsträger auch so etwas mit ins Kalkül ziehen.

Für diese Entwicklung der Lohnkosten trägt – obwohl natürlich die Tarifentwicklung in erster Linie von den Tarifpartnern zu verantworten ist – auch die Wirtschaftspolitik eine gewisse Mitverantwortung. Ich nenne Ihnen als Beispiel die papiermäßige Bereinigung des Rentendebakels im Mai 1976. Ich fragte damals einen Bundesminister, ob es zutreffe, daß die Absicht bestehe, in die Rentensanierung für das Jahr 1978 eine durchschnittliche Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter von sieben Prozent hineinzuschreiben. Er antwortete: Ja, das sei so. Ich habe gefragt, ob denn eine solche Präjudizierung der Lohnrunden notwendig wäre. Die Antwort war ebenso entwaffnend wie enttäuschend. Sie lautete: „Sonst hatten wir doch die Rentenbeiträge sofort erhöhen müssen.“ Aber: Hier war etwas dringlich, und ich möchte meinen: Wir leben hier und da, nicht grundsätzlich, aber eben doch von Zeit zu Zeit, in einer Verwechslung des Dringlichen mit dem Wichtigen. Weil hier etwas dringlich war, blieb das Wichtige auf der Strecke. Das erinnert mich an die Geschichte der englischen Erdbeeren, die sich in einem Marmeladenglas auf einem Frühstückstisch unterhalten. Sagt die eine zu den anderen: „Had we not been in the same bed, we would not be in the same jam!“

Bei den nach innen gerichteten wirtschaftspolitischen Entscheidungen, meine Damen und Herren, haben wir bei allen gebotenen Rücksichten einen relativ großen Freiheitsgrad. Wir sollten ihn nutzen. Viel geringer sind doch unsere Einflußmögl-

lichkeiten, viel größer aber die Probleme im Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik. Und hier, meine ich, sind zwei Komplexe für die weitere Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft von besonderer Bedeutung. Der erste betrifft die künftige Ausgestaltung der Spielregeln im internationalen Handel, der zweite die Möglichkeiten zur Abschwächung des Einkommensgefälles zwischen den Industrieländern und den Staaten der Dritten und Vierten Welt. In beiden Fällen treffen wir wieder auf die Verteilungsproblematik.

Lassen Sie mich mit einem Gedanken zurückkehren zur Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Liberalisierung hat doch bis dahin unbekannte Kräfte der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung freigesetzt. Es ist ganz unbestreitbar, daß nicht zuletzt wir hier in Deutschland davon profitiert haben. Aus dieser neuen Öffnung zur Welt haben viele unserer Unternehmen eine nachdrückliche und oft ganz neue Motivierung erfahren. Durch eine an internationalen Maßstäben orientierte Investitionspolitik wurde eine technische Leistungsfähigkeit geschaffen, die vor 1939 in Deutschland weder bekannt noch möglich war. Das gilt ganz bestimmt für die Stahlindustrie. Diese Entwicklung ist für manche Branche weit über meine Industrie hinaus auch heute noch wichtiger oder wichtigster Trumpf im Wettbewerb.

Nun ist mit der weltweiten Abflachung der Wachstumskurven natürlich der Konkurrenzkampf härter geworden. Denn trägt nicht mehr das Wachstum des Marktes die Expansion eines Unternehmens, dann geht diese Expansion zu Lasten der Wettbewerber. Das gilt übrigens nicht nur für Unternehmen, es gilt für Branchen, und es gilt für ganze Volkswirtschaften.

Diese Entwicklung hat viele Länder vor schwerwiegender Entscheidungen gestellt. Diese Entwicklung brachte, mit Rücksicht auf drängende innerwirtschaftliche Probleme, immer häufiger eine Abkehr vom liberalen Kurs. Hier hat eine Entwicklung begonnen, die verhängnisvoll enden kann. Ich erinnere, meine Damen und Herren, an den Abwertungswettlauf der dreißiger Jahre. Am Ende dieses Abwertungswettlaufs hatten buchstäblich alle verloren. 1929 betrug der Welthandel über 280 Milliarden Reichsmark, 1934 gerade noch 96 Milliarden. Das war ein Rückgang um über 60 Prozent.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zwar ein wichtiger Faktor im internationalen Handel, aber es wird immer schwerer, das eigene liberale Konzept gegen das Konzert der Neo-Merkantilisten durchzusetzen. Ich bin überzeugt davon – ich arbeite dafür, und ich spreche das hier ganz offen aus: Wir müssen unsere Bundesregierung darin bestärken, an ihrem offiziellen Kurs festzuhalten. Mehr Freizügigkeit im Außenhandel führt eher zu einer globalen Beschleunigung des Wachstums, und beides zusammen sehe ich als entscheidende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Lösung all jener Probleme an, die unter dem Schlagwort Nord-Süd-Konflikt zusammengefaßt werden.

Über die Brisanz, die in der gegenwärtigen Welt-Einkommensverteilung liegt, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Das Gefälle von den Industrie- zu den Entwicklungsregionen ist einfach enorm. Es hat in den beiden letzten Jahrzehnten auch leider kaum eine Annäherung im Lebensstandard gegeben. Was an Realwachstum geschaffen wurde, fiel der Bevölkerungsexplosion zum Opfer. Das alles führte verständlicherweise zu einer starken Emotionalisierung. Die Entwicklungsländer wollen heute nicht länger warten – sie sehen als Lösung nur eine einschneidende Umverteilung des weltwirtschaftlichen Wohlstandes.

Darin suchen sie ihr Heil, mit dem Mittel der Errichtung eines weltweiten Planungsmechanismus. Hier spielt das Beispiel Rohstoffe eine führende Rolle. Ich selbst betrachte das als Irrweg. Ich warne davor. Ich bin überzeugt, daß eine Bürokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu keinem Fortschritt führen wird, auch nicht für die Entwicklungsländer. Überdies bliebe nach meiner Überzeugung eine solche Entwicklung nicht auf den Außenhandel beschränkt. Sie würde früher oder später auf die Binnenwirtschaften und deren Ordnungssysteme übergreifen, früher oder später wiederum mit politischen Konsequenzen in den westlichen Demokratien. Denken Sie nur an den Fall, der eintreten könnte, wenn man sich auf

diesen Weg begibt, daß Bevölkerungen in den Industrieländern Entwicklungsoptik in einer Höhe abverlangt wurden, daß die demokratischen Regierungen keine Mehrheiten mehr erhalten können. Dies ist kein schieres Denkmodell, dies ist eine reale Möglichkeit, wenn man sich auf diesen Weg begibt.

Was sind die Alternativen? Ich sehe Chancen, im Rahmen von marktwirtschaftlichen Systemen das Einkommensgefälle zu mindern. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind Bewußtseinsänderungen auf beiden Seiten. Das heißt für die Entwicklungsländer zunächst: Reduzierung der durch die eigenen Zielsetzungen aufgebauten Erwartungshorizonte, Reduzierung dieser Horizonte auf ein realistisches Maß. Man muß es einmal aussprechen dürfen, auch wenn es nicht populär ist: Industrialisierung ist ein Prozeß, der sich nicht in Jahren, sondern in Generationen vollzieht. Industrialisierung ist weit mehr als der Bau von Fabriken und die Vermehrung von Güterproduktion. Industrialisierung ist ein Vorgang, der tief in kulturelle und soziale Strukturen und Verhaltensweisen eingreift. Industrialisierung verlangt, daß Lebensgewohnheiten ganzer Bevölkerungen sich ändern. Ehrgeizige Absichtserklärungen helfen nicht. Selbst manche an Einnahmen ungewöhnlich reiche OPEC-Länder sammeln zur Zeit derartige Erfahrungen.

Eine andere wichtige Aufgabe im Rahmen marktwirtschaftlicher Verhandlungen der Nord-Süd-Problematik: Das Bevölkerungsproblem. In den beiden letzten Jahrzehnten hat das Bevölkerungswachstum gerade in Entwicklungsländern eine ungeheure Dynamik entfaltet. Neueste demographische Untersuchungen deuten auf eine gewisse Abschwächung hin. Das wäre die entscheidende Wende: Es gäbe der Dritten Welt eine Chance, den Wettkampf zwischen Bevölkerungsexplosion und Wirtschaftswachstum zugunsten einer echten Wohlstandsvermehrung pro Kopf zu beenden.

Aber auch das braucht seine Zeit. Die Frage für uns bleibt: Wie kann die Industrialisierung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen am besten gefördert werden? Das scheint im Rahmen der bisherigen Entwicklungshilfe nicht so recht zu gelingen. Es geht dabei, so meine ich, nicht nur um ein größeres Volumen. Es mangelt wohl auch an der Konzeption. Aus meiner eigenen Beobachtung heraus möchte ich sagen: Recht häufig werden Prestige-Projekte in Angriff genommen, wo doch die Möglichkeit bestünde, sich an realen, lebensnaheren Notwendigkeiten des jeweiligen Landes zu orientieren. Oder anders gesagt: Ich bin überzeugt, daß Industrialisierung jeweils mit Einfach-Produktionen beginnen sollte. Daneben geht es natürlich um eine massive Bereitstellung der Infrastrukturen und um das „Einfahren“ solcher Infrastrukturen. Ohne Infrastruktur, meine Damen und Herren, bleibt das modernste Stahlwerk oder die größte Ölraffinerie in der Wildnis stehen. Diese Fälle gibt es. Konzentrierte und liefergebundene Großprojekte im Bereich der Infrastruktur könnten im übrigen auch bei uns einiges bewirken. Sie würden jedenfalls helfen, die derzeitige Wachstumsschwäche einiger unserer traditionellen Industriezweige zu mildern.

Diese Industrialisierung der Entwicklungsregionen, meine Damen und Herren, hat für uns natürlich Konsequenzen. Einmal sind es materielle: Teile des Volkseinkommens der Industrieländer werden unentgeltlich abgegeben. Zum anderen betrifft diese Entwicklung unsere Wirtschaftsstrukturen. Wir müssen akzeptieren, daß die Entwicklungsländer auch ihre Industrieerzeugnisse bei uns absetzen wollen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Einmal wollen die Entwicklungsländer Wettbewerbsvorteile, die sie haben, natürlich auch ins Spiel bringen. Und das sind in erster Linie niedrige Arbeitskosten. Zum anderen sind es die Betriebsgrößen, die bei moderner Auslegung häufig über das Nachfragevolumen des jeweiligen heimischen Marktes hinausgehen. Nur der Export kann dann eine vernünftige Gesamtauslastung bringen. Ich möchte an dieser Stelle auf eine Einschränkung hinweisen. Anders würde ich den Aufbau reiner Exportkapazitäten sehen, bei denen Entwicklungsländer gegenüber ihren Partnern immer häufiger das sogenannte Take-or-Pay-Prinzip durchzusetzen versuchen. Eine solche Lasten- und Risikoverteilung würde ich für keinen guten Einstieg in die Nord-Süd-Problematik halten.

Aber auch unabhängig davon spüren wir in einigen Branchen die Auswirkungen verstärkter Exportanstrengungen der Entwicklungsländer heute schon sehr stark. Hinter dem abstrakten Begriff des weltwirtschaftlichen Strukturwandels stehen in

der Praxis schmerzliche Anpassungsprozesse: Betriebe müssen geschlossen werden, Arbeitsplätze gehen verloren. Im Aufbau von Importschranken sehe ich aber keine durchhaltbare Alternative. Handel kann für meine Begriffe niemals Einbahnstraße sein. Es ist unsere Aufgabe, uns auf die voranschreitende Industrialisierung in den Entwicklungsländern aktiv einzustellen durch Änderungen unserer Struktur. Ich bin überzeugt: Wenn wir das rechtzeitig anpacken, dann können wir auch die Auswirkungen dieser Strukturveränderungen in Grenzen halten. Allerdings: Den Bilanzen deutscher Industrieunternehmen merkt man noch heute an, daß wir in zwei Weltkriegen große Teile unserer industriellen Substanz verloren haben. Ja, natürlich, wir haben unsere Anlagen erneuert, wir haben sie modernisiert, vergrößert, rationalisiert und computerisiert. Aber die Anfälligkeit vieler Unternehmen ist deshalb groß, weil auf der anderen Seite der Bilanz das Eigenkapital nicht entsprechend mitgewachsen ist. Hier sind Grenzen für die unternehmerisch notwendigen Initiativen sichtbar, die auch von der Wirtschafts- und Finanzpolitik berücksichtigt werden müssen und auch berücksichtigt werden. Die Prioritäten der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, sind immer Konsequenz der wirtschaftlichen Lage.

In Anbetracht der gegenwärtigen globalen Fakten neige ich persönlich zu folgender Wertung: Die Weltwirtschaft befindet sich jetzt – im Frühjahr 1978 – nicht in einem Zustand, der den Ausdruck Krise verdienten würde. Ich klammere einmal spezielle Branchenprobleme aus. Dennoch sind wir ohne Zweifel erheblich vom bisherigen Wachstumspfad abgewichen. In unserem Lande ebenso wie in anderen Ländern könnte wesentlich mehr erreicht werden. Wir für uns sollten uns allerdings nach meiner Meinung von noch mehr öffentlichen Programmen nichts versprechen. Die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung von 2415 DM pro Kopf der Bevölkerung Ende 1969 auf schätzungsweise 7300 DM pro Kopf Ende 1978 war, wenn ich das einmal so formulieren darf, schon zuviel für zuwenig. Es bedarf vielmehr zuallererst einer Abkehr von der Verteilungsmentalität, wie sie heute immer noch weitgehend das soziökonomische Verhalten prägt. Ich will nicht übersimplifizieren, wenn ich sage: Auch heute muß man den Bären erst einmal erlegen, bevor man sein Fell verteilen kann. Wir brauchen also statt einer Fortsetzung des Anspruchsdenkens zweifellos die Wiederherstellung von Leistungs- und Risikobereitschaft. Ich gebe zu: Das mag kurzfristig keine Popularität bringen, aber ich bin sicher, es zahlt sich auf längere Sicht aus, und zwar für alle.

Die Männer der Gründergeneration, auf die alle die, die in den Unternehmen tätig sind, in der einen oder anderen Form zurückzublicken haben, waren zu ihrer Zeit durchaus leichfüßig auf dem Weg nach Berlin, wenn es im Fall der Krise um die Erschwerung von Importen ging. In jedem Unternehmen, in dem wir noch Akten aus der Zeit vor 1914 haben, wissen wir das. Wenn ich das hier so sage, ist das kein Werturteil, aber ich halte es doch für eine gebotene und auch faire Feststellung in der historischen Perspektive. Hier am Platze Hamburg sage ich das um so leichter, weil ich weiß, daß ich von Ihnen nicht mißverstanden werde. Dem ungeheuren Maß an individueller und unternehmerischer Freiheit, das wir uns seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges politisch und wirtschaftlich erarbeitet haben, gemeinsam erarbeitet haben, und das ja wahrlich nicht vom Himmel gefallen ist – diesem Maß an Freiheit steht heute die Verpflichtung gegenüber, daß wir uns in eben dieser Freiheit gefälligst zu behaupten haben. Entweder gelingt uns diese Selbstbehauptung, oder das Maß unserer Freiheit wird rückläufig sein.

Ein Drittes sehe ich nicht.

Das ist in conclusio meine Antwort auf das mir von Ihnen gestellte Thema. Ich habe keinen Zweifel, daß uns die Selbstbehauptung gelingen kann. Schiller, Friedrich Schiller, ließ seinen Marquis Posa – und das war im Jahre 1787 – sagen: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Diejenigen, die er damit wirklich meinte, haben das schon verstanden.

Ich möchte heute sagen: „Sire, schaffen Sie uns Klima!“

Ich danke Ihnen.

